



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

Begrüßung und Einführung

von UVNord-Präsident Uli Wachholtz

Neujahrsempfang

Donnerstag, 8. Januar 2015, 11:00 – 13:00 Uhr (Einlass: 10:30 Uhr),
Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72, 20099 Hamburg

Meine Damen und Herren,
wir schreiben heute Donnerstag, den 8. Januar 2015.

Vor genau 179 Stunden verabschiedeten wir ein in jeder Hinsicht bewegtes Jahr 2014 und starteten ein neues Jahr, das für Sie alle ein erfolgreiches, glückliches, friedvolles und gesundes werden möge.

In unruhigen Zeiten wächst die Sehnsucht nach Bewährtem, besinnen wir uns gerne auf die Tradition.

Zu dieser zählt zum Jahresbeginn regelmäßig der

UVNord-Neujahrsempfang,

zu dem ich Sie im Namen von Präsidium und Vorstand, der Mitgliedsverbände, aber auch im Namen unseres Hauptgeschäftsführers hier im Hotel Atlantic in Hamburg auf das Herzlichste willkommen heiße.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt unseren Ehrengästen, die heute zu uns sprechen werden, nämlich dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Herrn Klaus Schlie und in Vertretung für den erkrankten Präses der Wirtschaftsbehörde, Senator Frank Horch, dem wir an dieser Stelle gute Besserung wünschen, heißen wir besonders herzlich Willkommen den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Olaf Scholz.

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,
vielen Dank, dass Sie kurzfristig zugesagt haben. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Aus der großen Schar unserer prominenten Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, von den Hochschulen, Kirchen, Medien, der Polizei und der Bundeswehr begrüße ich stellvertretend für alle die Abgeordnete des Deutschen Bundestages: Frau Alexandra Dinges-Dierig, Thomas Stritzl und Mark Helfrich, die weiteren Mitglieder des Hamburger Senats, insbesondere die Herren Staatsräte Andreas Rieckhof und Dr. Bernd Egert aus der Wirtschafts-, und Dr. Nikolas Hill aus der Justiz- und Dr. Michael Voges aus der Schulbehörde.

Für die vielen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft heiße ich besonders herzlich willkommen den Ersten Vizepräsidenten Frank Schira, die Fraktionsvorsitzenden und zugleich Spitzenkandidaten ihrer Partei für die Bürgerschaftswahl am 15. Februar für die CDU Dietrich Wersich, und Katja Suding für die FDP, sowie den Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion Dr. Andreas Dressel. Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen begrüße ich die Abgeordnete und Spitzenkandidatin Katharina Fegebank.

Für die schleswig-holsteinische Landesregierung und die vielen Mitglieder des Landtages und die Spitzen der Parteien begrüße ich die Ministerin für Schule und Berufsbildung, Frau Britta Ernst, mit ihrem Staatssekretär Dirk Loßack. Frau Finanzministerin Monika Heinold, den Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Thomas Losse-Müller, den Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Herrn Staatssekretär Ralph Müller-Beck aus dem Innenministerium, den Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzenden der CDU Daniel Günther, den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Ralf Stegner, den

Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Kubicki den neuen Parteivorsitzenden der CDU Ingbert Liebing sowie die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Dr. Ruth Kastner.

Für die Vertreter der Gerichtsbarkeiten begrüße ich stellvertretend für alle die Präsidentinnen des Landesarbeits- und des Landessozialgerichts Schleswig-Holstein Birgit Willikonsky und Dr. Christine Fuchsloch.

Für die vielen Repräsentanten unserer Bezirke in Hamburg, der Kreise und kreisfreien Städte und Kommunen in Schleswig-Holstein begrüße ich stellvertretend für alle den Leiter des Bezirksamtes Eimsbüttel, Herrn Dr. Torsten Sevecke, den Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde Dr. Rolf-Oliver Schwemer, den Oberbürgermeister der Stadt Flensburg Simon Faber sowie den Stadtpräsidenten der Landeshauptstadt Kiel Hans-Werner Tovar.

Für die beinahe vollständig anwesenden Mitglieder des Diplomatischen Corps aus Hamburg und Schleswig-Holstein begrüße ich stellvertretend für alle den Doyen Manuel Fernández Salorio, Generalkonsul der Argentinischen Republik.

Für die uns befreundeten Kammern und Verbände begrüße ich den Ehrenpräsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertag und zugleich meinen Amtsvorgänger, Herrn Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann. Den Präses unserer Handelskammer Hamburg, Fritz Horst Melsheimer, die Frau Präsidentin der IHK Schleswig-Holstein und der IHK zu Lübeck, Friederike Kühn, den Präsidenten der IHK zu Kiel, Herrn Klaus-Hinrich Vater, allesamt mit den sie begleitenden Hauptgeschäftsführern und für unsere Schwestervereinigung in Mecklenburg-Vorpommern deren Hauptgeschäftsführer Dr. Nico Fickinger.

Und zu guter Letzt heiße ich alle meine Kolleginnen und Kollegen aus den Unternehmen willkommen, Sie alle repräsentieren die nach wie vor stetig wachsende Gemeinschaft von UVNord, die jetzt über ihr 84 angeschlossenen Mitgliedsverbände die Interessen von rund 40.000 Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein vertritt, in denen heute mehr als 1,5 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden. Wie alljährlich hier zu vermelden: Ein neuer Mitgliederrekord!

Ihnen allen und all jenen, die ich in meinem Begrüßungskatalog möglicherweise nicht erfasst habe, ein herzliches Willkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
unser heutiger Neujahrsempfang fällt in eine politisch außerordentlich bewegte Zeit.

Die Ukraine-Krise und die damit einhergehende Sanktionsspirale mit Russland, der IS-Terrorismus in der islamischen Welt, die Ebola Epidemie, das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer, aber auch bei uns, die Pegida-Demonstrationen in Dresden, die hoffentlich genauso schnell wieder enden mögen, wie sie begonnen haben, und die uns erhöhte demokratische Wachsamkeit abverlangen. Die noch nicht überwundene Krise in der Euro-Zone, durch die jüngsten Entwicklungen in Griechenland schlagartig wieder im Bewusstsein, der stetig zunehmende globale Wettbewerb, der Fachkräftemangel, vor wenigen Jahren noch unvorstellbar, der Verfall unserer Infrastruktur, der weitere Fortgang der Energiewende – das sind nur einige der Themen, die das vergangene Jahr dominiert haben und die uns auch noch im neuen Jahr beschäftigen werden.

I.

Richten wir zunächst einen Blick auf Europa:

Nach mehreren Erweiterungsrounds und fortschreitender politischer Integration leben heute rund 500 Millionen Menschen in einer Wertegemeinschaft zusammen.

Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Entwicklung bilden seit 50 Jahren das Fundament des europäischen Hauses. Noch vor einem Jahr waren in diesem Haus und an seinen Außenwänden Verschiebungen von nationalen Grenzen mit militärischer Gewalt unvorstellbar. Seit dem 27. Februar 2014 gilt diese Gewissheit nicht mehr. Russland ist weit davon entfernt, eine rechtsstaatliche Demokratie zu sein, und wir haben das zu lange schön geredet, obwohl es immer deutliche Hinweise darauf gab.

Der Westen, die EU und so auch unsere Bundesregierung haben mit harten wirtschaftlichen Sanktionen auf die Annexion der Krim reagiert. Auch wenn Unternehmen in unserem Lande davon teilweise erheblich und langfristig betroffen sind, auch wenn Arbeitsplätze bei uns in Gefahr geraten: für die Wirtschaft gilt das Primat des Staates, und daher stehen wir - auch ganz ausdrücklich hier im weltweiten Norden - hinter den Sanktionen. Frieden und Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit stehen über wirtschaftlichen Interessen!

Aber auch in Kerneuropa, im Euroland, wird gerade wieder deutlich, dass die EZB seit Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise bis heute mit viel Geld Zeit kauft, die eigentlichen Ursachen aber weder mit ihrer Geldpolitik noch mit - eigentlich ausgeschlossener - Finanzpolitik löst. Draghi selbst mahnt nun die Regierungen immer dringender zu Strukturreformen. Er weiß, dass wenn die Staaten nicht selbst handeln, wir eines Tages in seinem Löschwasser zu ertrinken drohen.

Griechenland macht deutlich, dass es weit mehr braucht, als Schuldenschnitte und verlängerte Zahlungsziele. Es braucht echte Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten, wo man nur im harten Wettbewerb besteht, und das erreicht man nur durch die Anpassung seiner Volkswirtschaft an die Bedingungen der Weltmärkte.

Wir haben aber auch gesehen und registriert, dass die Griechen erste Erfolge wie einen Primärüberschuss im Haushalt und ein leichtes Wirtschaftswachstum erreicht haben. Griechenland, und seine Eliten werden sich weiterhin dem Wandel und den verabredeten Reformen stellen müssen.

II.

Kommen wir nach Berlin.

So sehr die schwarz-rote Koalition mit der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt ist, so sehr wir das Engagement in Europa, insbesondere die Anstrengungen zur Bewältigung der Krise in der Eurozone begrüßen, so sehr vermisst die Wirtschaft in der Innenpolitik deutliche Signale für mehr Wachstum und Beschäftigung, für Innovation und Bürokratieabbau. Die beiden letzten Quartale des abgelaufenen Jahres haben eines deutlich gezeigt:

Trotz gewaltiger externer Konjunkturprogramme,

- wie dem schwachen Euro, niedrigster Stand seit Jahren,
- oder ein Ölpreis, wie wir ihn preisbereinigt seit Jahrzehnten nicht hatten,
- trotz niedrigster Zinsen:

Die Investitionen lahmen, wir investieren in Deutschland seit Jahren, ja seit Jahrzehnten zu wenig. Der Staat konsumiert seine hohen Einnahmen, die privaten Investoren halten sich in Deutschland stark zurück, investieren dafür vermehrt in anderen Ländern. Der Anflug von Hoffnung und Aufschwung, den wir vor einem Jahr an dieser Stelle registriert hatten, hat sich erneut bestenfalls in Stagnation verwandelt, und das nicht zuletzt durch kräftige Mithilfe der Koalitionäre in Berlin.

Statt wie vor den Wahlen versprochen für Steuerentlastung zu sorgen - bei Rekordsteuereinnahmen -, statt die Energiewende endlich europäisch abzustimmen und für die deutsche Wirtschaft planbar und bezahlbar zu machen, stattdessen heißt es bis jetzt: neue Regulierungen, noch mehr Verteilung mit Verträgen meist zulasten kommender Generationen, ja, sogar über Steuererhöhungen wird in politischen Zirkeln mittlerweile laut nachgedacht. Statt also für Rahmenbedingungen zu sorgen, die Vertrauen schaffen, und Investoren in unserem Land eine Perspektive geben, verteilen wir weiter großzügig Geschenke zu Lasten unserer Kinder, die Mütterrente, die abschlagsfreie Rente mit 63 und der Mindestlohn sind nur die teuersten davon, sie belasten die Zukunft erheblich. Finanzielle Nachhaltigkeit sieht anders aus.

Und damit nicht genug, gibt es doch im Berliner Koalitionsvertrag noch viele offene Punkte, die ähnliche Wirkung zeigen werden:

- Regulierung von Werkverträgen
- Zurückfahren von Zeitarbeit
- Frauenquoten
- Eltern- und Pflegezeit oder
- ein neues Entgeltgleichheitsgesetz
- aber auch Diskussionen für eine Teilrente mit 60

Das alles ist Gift für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Deutschland. Wer Wachstum wirklich will, wer in diesem Land für Arbeitsplätze sorgen will, der streicht diese Themen von der Agenda.

Dass die Bundesregierung nun endlich einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Tarifeinheit vorgelegt hat, ist dagegen ein Lichtblick, und wir sind dankbar, dass diese Koalition dies heiße Eisen anpackt. Dies war überfällig. Lokführer und Piloten haben es für jeden deutlich gemacht, wie Spartengewerkschaften ihre Stellung in bestimmten Unternehmen zulasten der breiten Mehrheit der Arbeitnehmer ausnutzen. Was die GDL an machtpolitischen Egoisten aufgeführt hat, ist nur ein Vorbote auf das, was auf uns zukommen würde, wenn wir dieser Art von Zersetzung gut funktionierender Tarifpartnerschaft keinen Riegel vorschieben würden. An die Adresse unserer Bundestagsabgeordneten: Die norddeutsche Wirtschaft unterstützt nachhaltig diesen Gesetzesentwurf. Tragen Sie bitte Ihren Teil dazu bei, auch auf die Gefahr hin, dass uns der Marburger Bund oder andere Spartengewerkschaften nach Karlsruhe ziehen werden.

Und wo wir schon beim Bundesverfassungsgericht sind: Das Erbschaftssteuerurteil dieses Gerichtes, welches zweifellos so zu erwarten war, es birgt große Gefahren für die Nachfolge in unseren mittelständischen Familienunternehmen. Betriebsvermögen liegt auf keinem Konto, es arbeitet im Unternehmen, es finanziert die Arbeitsplätze und sorgt für die notwendigen Investitionen, genau deshalb braucht Deutschland Verschonungsregeln für die Betriebsvermögen. Diese sind im Übrigen in allen Industrienationen, mit denen unsere Betriebe im Wettbewerb stehen, nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Schaffen wir solche klaren Verschonungsregeln bis Mitte nächsten Jahres nicht, solange hat das Gericht Zeit gegeben, dann werden wir mit dem höchsten Gut bezahlen, nämlich mit Arbeitsplätzen, und zwar mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Mittelstand, der in Deutschland immer Motor für Wachstum und Arbeitsplätze war.

Und ein weiteres bundespolitisches Thema, das auch uns hier im Norden stark bewegt: Einige von uns Älteren haben nach 1945 erlebt, wie wir gemeinsam mit vielen Vertriebenen und Flüchtlingen hier ein neues Land aufgebaut haben. Das ist uns damals gemeinsam gelungen, umso unfassbarer, welche Szenen wir jetzt wieder auf dem Mittelmeer und in Dresden erleben müssen. Gerade wegen unserer Vergangenheit ist uns mehr als vielen anderen Nationen klar, dass man diesen Menschen hier ein neues Zuhause schaffen muss. Uns ist dabei auch klar, dass Staat und Politik genauso wenig wie viele Bürger auf diesen Ansturm vorbereitet sein konnten, und wir anerkennen die Bemühungen, unbürokratisch und flexibel zu helfen.

Wir sehen aber auch, dass dabei unsere Bürokratie hinderlich sein kann. Oft nur deshalb, weil Vorschriften und Gesetze es so vorgeben. Hier ist Handeln angesagt, sorgen Sie alle, die Sie in politischen Gremien und Ämtern sitzen dafür, dass diese Menschen schnellstens eine würdige Unterkunft, Nahrung, Bildung, vor allem sprachliche Weiterbildung, und die amtliche Genehmigung bekommen, am deutschen Arbeitsmarkt mitmachen zu dürfen. Wir, die Unternehmen warten mit offenen Armen auf diese Menschen.

III.

Für Hamburg war das vergangene Jahr ein wirtschaftlich gutes Jahr.

Und auch politisch sind wichtige Weichenstellungen in der Hansestadt vorgenommen worden.

Die G9-Initiative ist gescheitert, der Schulfrieden bleibt uns erhalten. Das Übergangsmangement von Schule in den Beruf funktioniert – auch dank der guten Arbeit des Hamburger Institutes für berufliche Bildung. Die Jugendberufsagentur ist eine Erfolgsgeschichte. Die Fachkräfteinitiative zeigt Wirkung.

Die Konsolidierung des Haushaltes schreitet voran, und auch die Olympiabewerbung solidarisiert die Menschen in der Stadt, schafft Vorfreude und Zuversicht. Das war gerade am Sonntagabend an der Binnenalster wieder schön zu sehen, Michael Batz hat die schöne Idee wieder ein bisschen befördert. Hamburg, das ist eigentlich jetzt schon klar, wird gegenüber Berlin die Nase vorn behalten.

Auch der voranschreitende soziale Wohnungsbau lässt die Stadt wachsen, und schafft Entspannung bei den Mieten.

Das Versprechen des Ersten Bürgermeisters und seines Senats, uns ordentlich zu regieren, ist also weitgehend eingehalten worden.

In der Weiterentwicklung unserer Hansestadt gibt es dennoch natürlich auch Wermutstropfen, Baustellen, die noch nicht abgearbeitet werden konnten, und ich meine damit ausdrücklich nicht die Elbphilharmonie, die ja – auch sichtbar -auf gutem Wege ist.

Aber wie sehr hätten wir uns 2014 das „Go“ zur Fahrrinnenanpassung der Elbe gewünscht! Hier werden wir uns noch etwas gedulden – werden wir uns auch etwas in Demut üben müssen. Doch auch hier bin ich davon überzeugt, dass die Fahrrinnenanpassung kommen wird, der Lebens- und Kulturraum Hamburg hängt davon ab.

Mutig und richtig waren die Sanierungsanstrengungen unserer Straßen, unserer Verkehrsinfrastruktur - auch wenn sie unseren Logistikern wie auch Bürgern der Stadt viel abverlangten. Senator Horch und seiner Behörde gilt hier weiterhin unsere Unterstützung - auch wenn das Baustellenmanagement noch nicht alle seine Entwicklungspotentiale ausschöpfen konnte.

Die Wirtschaft dieser Stadt, das kann man grundsätzlich feststellen, ist stolz auf den über Generationen aufgebauten und gut entwickelten Hamburger Nahverkehr. Es gibt kaum eine Stadt, die da mithalten könnte, national wie international. Und wir sehen ebenso, dass wir nicht stehenbleiben dürfen, und uns auf den Lorbeeren ausruhen können.

Aber bitte, liebe Bürgerschaft, lieber Senat, benutzt den notwendigen weiteren Ausbau des ÖPNV nicht zu ideologischen Grabenkämpfen. Unterwerft die notwendigen Entscheidungen der Vernunft, dem Rechenstift, der Nachhaltigkeit, der Bürger wird es Euch danken. Und dort, wo wir dann tatsächlich bauen, das sollten wir so organisieren, dass über Baustellen und Verknappung des herkömmlichen Verkehrsraumes nicht unsere vorhandenen und funktionierenden Arbeitsplätze verloren gehen, ob in der Innenstadt oder in der Peripherie. Soweit darf Ideologie nicht gehen.

Und Ideologie ist das Stichwort für ein weiteres bedeutendes Ereignis. In gut einem Monat, am 15. Februar, ist Bürgerschaftswahl, und ich wünsche mir, dass alle, die hier in Hamburg das Wahlrecht haben, dieses auch nutzen. Wir alle wünschen uns einen fairen, sachlichen Wahlkampf und auch einen Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte für unsere Stadt, dafür haben wir auch noch ein paar Anregungen:

Wenn wir Hamburg in der kommenden Legislaturperiode weiter in eine gute Zukunft führen wollen, reicht natürlich bei allem Respekt allein ordentliches Regieren nicht aus. Wir brauchen auch Ziele, die über die jeweilige Legislaturperiode hinausreichen, teilweise weit darüber hinausreichen. Olympia ist ein solcher Ansatz, die Entwicklung des Hamburger Ostens auch vielversprechend, aber es ist auch noch vieles abzuarbeiten, das auf den ersten Blick weniger sexy ist, als es solche prestigeträchtigen Projekte sind.

Dazu zähle ich neben dem Erhalt und weiteren Ausbau unserer Infrastruktur insbesondere den Hafen mit seiner Hinterlandanbindung, aber auch, dass wir dem Industriestandort Hamburg langfristige Entwicklungsperspektiven aufzeigen, die mehr Investitionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung hierherziehen. Auch gilt es den Wissenschaftsstandort weiter ausbauen, und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren. Diese Stadt, dieses Land weiterentwickeln heißt ebenso, Wohnraum zu schaffen mit sozialem Augenmaß, wie die reichen kulturellen Schätze zu pflegen und weiterentwickeln. Und wir müssen weiter auf unser Umland zugehen, es einbeziehen, und die Metropolregion stärken und zum Vorteil aller ausbauen. Und dies alles erreichen wir am ehesten durch eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die alle motiviert und beteiligt, die mehr Frauen, mehr Migranten, älteren Langzeitarbeitslosen, und Menschen mit Behinderung eine Perspektive gibt.

Denken wir immer daran, in Hamburg haben wir immer noch mehr als 70.000 Menschen, die über die Bundesagentur für Arbeit einen Platz in der Wertschöpfungskette suchen, davon die Hälfte ohne einen ordentlichen Abschluss in der Tasche.

Die Tarifpartner - Gewerkschaften und Arbeitgeber - stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Soziale Gerechtigkeit besteht nicht nur aus guter Arbeit und guten Löhnen, sondern verlangt das gemeinsame Einstehen für sichere Arbeitsplätze in vertrauensvoller Tarifpartnerschaft, nicht zuletzt und auch und gerade gegenüber Neubürgern und Flüchtlingen.

Bei allem was diese Stadt so liebens- und lebenswert macht, bei allem was schon erreicht worden ist, es bleibt genug zu tun.

IV.

Kommen wir von der Elbe an die Förde, kommen wir von Hamburg nach Kiel, nach Schleswig-Holstein:

Hier hat uns die Koalition von SPD, Grünen und SSW auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Das ahnten wir zwar seit der Formulierung des Koalitionsvertrages, dennoch stirbt ja die Hoffnung bekanntlich zuletzt. Man hofft ja immer, dass nicht jede im Eifer des Gefechts einer Koalitionsverhandlung und der Vorfreude aufs Regieren losgelassene Idee auch umgesetzt wird. Diese Hoffnung war trügerisch, es kam wie im Koalitionsvertrag beschrieben.

Ein paar Beispiele: Tariftreue- und Vergabegesetz, mit Deutschlands höchstem Landesmindestlohn von 9,18 Euro, die höchste Grunderwerbssteuer in Deutschland, und das in einem Flächenland, eine verfehlte Neuordnung der Landesplanung, ein zwar abgemildertes, aber dennoch nicht erfreuliches Denkmalschutzgesetz, ein verkehrspolitischer Offenbarungseid mit der Vorlage des Landesstraßenzustandsberichts, die viel zu lange Sanierung des Rendsburger Kanaltunnels, (nur zur Kenntnis: Sie dauert länger, als ursprünglich der Bau des ganzen Kanals gebraucht hat!) eine verkorkste Lehrerfortbildung, eine unausgeglichene Ersatzschulfinanzierung, die Unterfinanzierung unserer Hochschulen, der hohe Unterrichtsausfall an staatlichen Schulen, ein fehlendes Industriekonzept, all das hat die Wirtschaft frustriert, und die Sehnsucht wachsen lassen nach dem ersten mittelstandsfreundlichen Gesetz, das diesen Landtag in Kiel in dieser Legislaturperiode passieren wird. Und da gerade erst Halbzeit ist, bleibt ja noch Zeit und wieder Hoffnung.

Zu dieser Flut von unglücklichen Gesetzen trafen Wirtschaft und Bürger dann auch noch Mängel und Versäumnisse früherer Regierungen

- wie das Fledermausurteil und der damit verbundene Baustopp der A20 bei Bad Segeberg,
- das verkehrspolitische Drama um die A7-Kanalbrücke,
- und die Turbulenzen in Regierung und Opposition, mit Rücktritten von 2 Ministern, und dem Neustart in der Führung von Partei und Fraktion der CDU.

Das, meine Damen und Herren, das war das letzte Jahr - im echten Norden, den hätten wir uns anders vorgestellt.

uns hat das nicht gefallen. Wir haben das immer auch deutlich gesagt, nicht immer zur Freude der Angesprochenen. Die Politik in Schleswig-Holstein nennt meine diesbezügliche regelmäßige Aufzählung immer Giftliste, dabei kommen die Zutaten von ihr selbst.

Wir verkennen heute aber auch nicht die Bemühungen dieser Landesregierung, einen konstruktiveren Dialog mit der Wirtschaft zu beginnen, und wir sehen ja auch z.B. die erfolgreichen Planungsfeststellungsbestrebungen des Wirtschaftsministers zur A20, die Fortführung bis zur A7 und dann weiter mit einer westlichen Elbquerung ist seit Jahren überfällig. Auch der erfolgreiche Notfalleinsatz von Minister Meyer an der Rader Brücke, als die Sperrung für LKWs die Abhängigkeit ganz Deutschlands von der A7 deutlich machte. Und auch sein Drängen auf ein Nachfolgebauwerk, das in 11 Jahren fertig sein muss, sein Einsatz für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung, alles das war Ausdruck dafür, dass er einmal mehr seinem Ruf als verkehrspolitischer Anwalt der Wirtschaft gerecht wurde.

Gerne signalisieren wir unsere Gesprächs- und Mitwirkungsbereitschaft, und wir sind bereit, das zu betonen was uns eint, und nicht das, was uns trennt. Wir wollen den gemeinsamen Dialog, die Zusammenarbeit zum Wohle des Landes, seiner Betriebe und vor allem der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, wie auch in Hamburg.

Natürlich sind die Unternehmen zunächst einmal selbst für ihren wirtschaftlichen Erfolg verantwortlich. Doch der Rahmen, in dem sie sich bewegen, wird von der Politik gesetzt.

Wir, die Wirtschaft nördlich der Elbe, wir werden uns weiterhin konstruktiv an der res publica beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in diesem Sinne danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, CMS Hasche Sigle für die freundliche Unterstützung unseres heutigen Empfanges, und wir freuen uns jetzt auf das Grußwort des Landtagspräsidenten Klaus Schlie und den anschließenden Vortrag unseres Ersten Bürgermeisters, Olaf Scholz!

Ich danke Ihnen allen für Ihre aufmerksame Geduld!

Hamburg, 08.01.2015